

Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“
Sprecher des Bündnisses: Dirk Stegemann
Telefon: 0177 / 176 86 33

An die Leiter der Ressorts
Lokales / Berlin / Überregional

Berlin, 27. 02. 2011

Berliner Polizei versucht Proteste am 04. März in Zehlendorf „präventiv“ zu kriminalisieren

Nach dem am vergangenen Freitag ergebnislos abgebrochenen Anmeldegespräch zu den geplanten Protesten am 04. März gegen „Pro Deutschland“ vor dem Rathaus Zehlendorf erklärt das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“:

„Wir werden weder widerstandslos auf das Recht verzichten, in Sicht- und Hörweite der Rassist_innen von „Pro Deutschland“ zu protestieren, noch die erneute Kriminalisierung von antifaschistischen und antirassistischen Protesten hinnehmen. Das Bündnis 'Rechtspopulismus stoppen' ist sich in dieser Sache einig: Keinesfalls darf das nächste Rathaus in Berlin komplett durch Rassist_innen vereinnahmt werden!“

Da nun feststeht, dass „Pro Deutschland“ ihre geplante Veranstaltung im Rathaus Zehlendorf nicht öffentlich durchführen wird, dürfte sich auch die angekündigte Strategie der Berliner Polizei bestätigen. Diese sieht nicht nur die Verlegung der Proteste des Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen“ fernab jeglicher Sicht und Hörweite vor das Finanzamt vor. Auch das Straßenfest des lokalen Bündnisses, welches sich ebenfalls aus Parteien, Organisationen, Vereinen und Initiativen zusammensetzt, soll vom ursprünglichen Anmeldepunkt südlich hinter die Eingänge zum Rathaus verlegt werden. Somit beabsichtigt die Berliner Polizei gleich alle drei Haupteingänge für „Pro Deutschland“ zu sichern, einzig zu Lasten der Versammlungsfreiheit der Anmelde_innen der Proteste.

Als Begründung wird eine Gefahrenprognose konstruiert, die sich dieses Mal nicht nur auf die erneute Kriminalisierung des Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen“ konzentriert, wobei außer den Protesten vor dem Rathaus Schöneberg im Juli vergangenen Jahres nun auch grundlos die vor dem Rathaus Neukölln erwähnt wurden. Darüber hinaus reicht der Polizei jetzt schon die bloße Gelegenheit, dass auch aus der Versammlung des lokalen Bündnisses vereinzelte Personen Straftaten begehen könnten, zu einer Einschränkung des Versammlungsrechtes. Einzig die Demonstration vom S-Bhf. Zehlendorf hinterm Rathaus entlang bis zur Ecke Kirchstraße wurde nicht eingeschränkt.

Das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ hat nun als Ausweichvariante eine Veranstaltung Teltower Damm oberhalb der Kirchstraße angemeldet, um die Sicht- und Hörweite für die Proteste einzufordern. Gegebenenfalls müssen die geplanten sowie eventuell noch folgenden weiteren polizeilichen Auflagen juristisch überprüft werden.

Dazu der Sprecher des Bündnisses, Dirk Stegemann weiter:

"Die Einschränkungen der Proteste sind nicht nur unverhältnismäßig, sondern komplett überflüssig. Die ursprünglichen Anmeldungen enthalten keinerlei Einschränkungen für die Veranstaltung der Rassist_innen im Rathaus Zehlendorf. Darüber hinaus sind jetzt auch das Bezirksamt und die sogenannten etablierten Parteien gefordert. Neben der Prüfung der Kündigung des Mietvertrages für eine jetzt der Öffentlichkeit nicht mehr zugängliche Veranstaltung in einem öffentlichen Raum, wodurch sich einzig der Propagandazweck der

Ortswahl zu bestätigen scheint, können gleichzeitige Veranstaltungen im Rathaus einer kompletten Vereinnahmung durch „Pro Deutschland“ entgegen wirken.“

Kein Platz für Nazis und Rassist_innen! Nirgends in Berlin!